

Grundsatzprogramm

Schäuble: Auf gute Arbeit kommt es an

Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands waren in den 60 Jahren ihres Bestehens ihre verschiedenen Partei- und Grundsatzprogramme nie das Wichtigste, schon gar kein Selbstzweck. Denn wer nicht an die Planbarkeit menschlichen Zusammenlebens und gesellschaftlichen Fortschritts glaubt, der orientiert sich an anderen Fixpunkten: Ausgehend vom christlichen Menschenbild, vertraut die CDU immer schon auf Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger. Dieses christliche Bild vom Menschen erfasst ihn in seiner Doppelnatur: stark und schwach, ebenso zum Guten begabt wie zum Bösen, mit gleichem Drang aufzubauen wie zu zerstören.

Zur Doppelnatur des Menschen gehört auch sein Hang zur Übertreibung. Weil das rücksichtslose Ausleben der eigenen Freiheit immer auf Kosten der anderen geht, muss der Mensch durch Grenzen vor Exzessen bewahrt werden. Freiheit setzt Ordnung voraus, die dem Menschen Maß und Orientierung gibt. Friedliches Zusammenleben ist dauerhaft ohne Regem und Schranken nicht möglich.

Maß und Mitte zu halten bewahrt auch vor allzu schnellen Richtungsänderungen, vor Unstetigkeit und dem Anheimfallen einander widersprechender Moden. Mäßigung und Ausgleich verhelfen so zu mehr Kontinuität, zu Stetigkeit als Grundvoraussetzungen gelingenden Lebens. In der Vielfalt und Schnelligkeit der globalisierten Welt mit ihrer Prägung durch Mobilität und Digitalisierung werden Pole der Ruhe und Leitlinien der Kontinuität immer wichtiger.

Deshalb erleben wir auch die ungebrochene Vitalität und Aktualität christlicher Werte, die vielerorts zu neuer Wertschätzung gelangen. Gerade in der modernen Gesellschaft kann nur handlungsfähig sein, wer gefestigt steht und mit sich im Reinen ist, wer einen Grund und ein Ziel hat und eine Ordnung anerkennt, die ihm Sicherheit und "Niedrigere Steuern sind eher in der Lage, Arbeitsplätze zu schaffen als hohe Abgaben" Überzeugungskraft verleiht. Und weil wir es nicht nötig haben, jede Mode mitzumachen oder jeder Übertreibung aufzusitzen, sollten wir uns auch nicht durch Meinungsumfragen oder durch sommerliche Nachrichtenarmut dazu verleiten lassen, in Selbstzweifel zu verfallen oder uns durch künstliche Debatten selbst zu schaden.

„Niedrigere Steuern sind eher in der Lage, Arbeitsplätze zu schaffen als hohe Abgaben“

Die Union hat nie geglaubt, dass sich Gerechtigkeit nur bei möglichst hoher Staatsquote schaffen lässt. Dass der sozialistische Versuch, das Gegenteil zu beweisen, gerade hier in Deutschland definitiv gescheitert ist, ist genauso wenig eine Lebenslüge wie die Erfahrung, dass niedrigere Steuern eher in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen, als hohe Abgaben.

Die Große Koalition ist sicher keiner Liebesheirat entsprungen. Trotzdem muss die Union der Verantwortung gerecht werden, die unsere Wählerinnen und Wähler uns übertragen haben. Sie erwarten von uns keine ideologischen Schaukämpfe, sondern konkrete und praktikable Antworten auf die Probleme unseres Landes. Sie sind nur an der einen Kernkompetenz wirklich interessiert: an der Fähigkeit, vernünftig zu regieren. Dass sie der Union diese Kernkompetenz zutrauen, haben die Menschen in den vielen Bundesländern gezeigt, in denen sie ihr die Regierungsverantwortung verschafft haben.

Auch die Bundesregierung ist hier auf einem guten Weg: Die Arbeitslosigkeit geht deutlicher zurück, als allgemein erwartet wurde, wir haben ein stärkeres Wirtschaftswachstum, als die meisten zu hoffen wagten, wir rühren die Staatsverschuldung wieder hinter die europäischen und verfassungsrechtlichen Obergrenzen zurück, unsere Außen- und Europapolitik findet weltweit hohe Anerkennung, und nicht zuletzt hat sich unsere Politik zur Gewährleistung der

inneren Sicherheit nicht nur bei der Fußball-Weltmeisterschaft in diesem Sommer, sondern auch bei den jüngsten terroristischen Bedrohungen im Bahn- wie im Flugverkehr bestens bewährt.

Deshalb darf sich die Union nicht in lähmende und unnötige Debatten um ihr Profil verstricken lassen. Stabile Mehrheit gewinnt nicht, wer demoskopischen Befunden hinterherläuft, sondern wer zu wirklicher politischer Führung fähig ist; Die Wahl gibt die Legitimation zu politischem Handeln, Entscheidungen zu treffen und so Veränderungen für unser Land zu bewirken. So funktioniert politische Führung: durch stetige Überzeugung von der Qualität politischer Arbeit um Zustimmung bei der nächsten Wahl zu werben.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass auch zunächst umstrittene Entscheidungen der Politik akzeptiert und honoriert wurden, sobald sie ihre Wirkung entfalten konnten - so die Westbindung und die soziale Marktwirtschaft unter Adenauer oder die Einführung des Euro unter Kohl. Diese unter Führung der Union getroffenen Entscheidungen haben die Geschicke unseres Landes maßgeblich geprägt und zum Guten beeinflusst. Dabei hat die Union nie politische Maximalforderungen erhoben oder perfekte Lösungen angestrebt. Denn der Zwang zur Perfektion ist eine jener Übertreibungen, die als Verstoß gegen das Gebot von Maß. und Mitte geradewegs in die Unfreiheit führen.

Deswegen sollten wir der Versuchung widerstehen, nur noch auf die nächsten Wahlen zu starren. Fragen nach dem richtigen Profil oder den besseren Startvorteilen für die nächste Wahl sollten mindestens bis Ende 2008 zurückgestellt werden. Wir sollten vielmehr den Mut aufbringen, Entscheidungen zu treffen, die notwendig und sinnvoll sind, um unser Land voranzubringen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern, die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern sowie die Freiheit und Sicherheit zu garantieren, die zum Gedeihen unseres Gemeinwesens unverzichtbar sind. So werden wir der Verantwortung vor dem Wählerauftrag am ehesten gerecht.

Der Namensartikel von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist am 20.08.2006 in der „Welt am Sonntag“ erschienen.